

Zensus, die Mutter aller Statistiken – manipuliert?

Leserbrief zu nicht geschriebenen Artikeln

Zensus, Volkszählung, Wohnungs- und Gebäudezählung, Grundsteuerwerterklärung, Mikrozensus

Vor über einem Jahr endete die reguläre Frist für die Angaben zu Haushalten, Personen, Wohnungen und Gebäuden. Es gab sicherlich einige Nachzügler. Aber etwa 80% der verpflichteten Bürger und Immobilienbesitzer hatten elektronisch ihre Angaben rechtzeitig gemacht. Wegen Corona war die Volks- und Gebäudezählung um ein Jahr verzögert durchgeführt worden. Die Beteiligten konnten also alle möglichen Auswertungsprogramme ausführlich geschrieben und getestet haben, zumal die Gebäude- und Wohnungszählung eine Vollerhebung war. Und was wurde uns als Bürger und als Zähler eingetrichtert, wie wichtig die Zählung für die Planung der Behörden und für die Wissenschaft sei. Seitdem aber hört und liest man nichts davon.

Maßstab sind die allgemeinen Wahlen:

Bei allgemeinen Wahlen, die alle noch nach der Zettel-Methode abgehalten werden, kommen die ersten Hochrechnungen Minuten nach Schließung der Wahllokale. Die dabei genannten Prozente für die Kandidatenlisten verändern sich im Laufe der vollständigen Auszählung höchstens um wenige Prozentpunkte, meist nur um Werte hinter dem Komma. Demnach wäre es leicht gewesen, auch schon während der Zählung und erst recht sofort danach Hochrechnungen dem befragten Volk mitzuteilen. – Das „vorläufige amtliche Endergebnis“, das wir bei Wahlen meistens schon am Morgen nach der Wahl verkündet bekommen, hätten wir nach Ende der offiziellen Zählung sofort erfahren können¹. Die wenigen Auskunftspflichtigen, die mit Androhung von Bußgeldern oder anders zur Herausgabe ihrer Daten angehalten werden mussten, sind eine so kleine Gruppe, dass sie in keinem Fall die Ergebnisse der Zählungen noch wesentlich hätten beeinflussen können. Alle, die planen und mitdenken, hätten von dann an ziemlich genaue Vorstellungen davon gehabt, wie weit die realen Entwicklungen von denen ab dem Jahr 2011 fortgeschriebenen abweichen.

Der Weser-Kurier lässt sich in seiner Stadteilbeilage Bremen Mitte am 26.10.2023 über den Ortsteilatlant des Statistischen Landesamtes aus: Der Ortsteilatlant bezieht sich noch auf das Jahr 2011! Z.B. bei den leer stehenden Wohnungen nimmt er es über ein Jahr nach der umfassenden Wohnungs- und Gebäudezählung unkommentiert hin, dass es keine Daten dazu gäbe. Journalistin und Zeitung kann man den Regierenden offensichtlich als Verfasser*in devoter Artikel des Verlautbarungsjournalismus empfehlen.

So wichtig scheint das aber mit der Planung gar nicht zu sein. Inzwischen wurden schon wieder Mikro-Zensen veranstaltet, die auf der Basis der 2011er Zahlen aufbauen!

Als Bürger kann man daraus nur schließen: Es wird seit über einem Jahr hinter den Kulissen gemauschelt, was das Zeug hält. Die Statistik über die Bevölkerungszahlen kann man als die Mutter aller Statistiken ansehen. Von den Zahlen hängen für die Regierenden sehr viel ab, insbesondere Geld, über das sie verfügen – und das heißt in unserer Gesellschaft über Macht, dem Dreh- und Angelpunkt des politischen Betriebs. Auch hängt davon ab, wie viele Abgeordnete ein Land oder eine Gemeinde in den Bundestag und das europäische Parlament

Wo bleiben die Ergebnisse der Volks- und Wohnungszählung? Vorbereitungszeit überlang!

Maßstab: Die Möglichkeiten wie bei allgemeinen Wahlen: Vorläufige aber schon sehr genaue Ergebnisse in einer Nacht!

Weser-Kurier: Devoter Verlautbarungsjournalismus

Daten sind zu wichtig, um sie öffentlich zu behandeln!

¹ Die Bürgerschaftswahlen in Bremen sind etwas komplizierter. Da können die Wählenden ihre fünf Stimmen frei auf Parteien und bzw. oder auf Personen verteilen. Trotzdem wird schon am Dienstag nach der Wahl die Verteilung der Sitze auf Parteien im Parlament des Landes und der Stadt ziemlich genau verkündet. Welche Personen für die Parteien in die Bürgerschaft einziehen, das dauert etwas länger.

5 schickt. Aber auch, wie viele Geflüchtete einer Gemeinde oder einem Kreis zugewiesen werden, hängt wesentlich von der Einwohnerzahl ab. Auch sagt es etwas über die Qualität der Verwaltung aus, wie weit die Zahlen des Zensus von den Zahlen der Fortschreibungen abweichen. Große Abweichungen sind ein Ausweis schlampiger Verwaltungspraxis.

10 Wir erinnern uns, dass Bremerhaven und ca. 800 Gemeinden im Bundesgebiet gegen das Ergebnis der Bevölkerungszählung im Jahr 2011 geklagt haben. Das zeigt, wie wenig eindeutig solche Zählungen sind. Unter den Klagenden waren auch Berlin und Hamburg. Die verstehen was vom Geschäft. Sie haben selbst riesige Statistische Landesämter. So hat z.B. Hamburg dargelegt, dass mit einer anderen Methode ihr über 100.000 Einwohner mehr zugeordnet worden wären. Zwar hat das von Berlin und Hamburg angerufene Bundesverfassungsgericht 15 2018 schließlich geurteilt, die Methoden seien nicht verfassungswidrig. Es hat aber nicht gesagt, die Ergebnisse seien richtig, sondern nur, dass die angewandte Methode mit unterschiedlichen Verfahren in Stadt und Land für den angestrebten Zweck zu ausreichend händelbaren Ergebnissen geführt habe und daher im Rahmen des politischen Ermessens lägen.

Bevölkerungszahl in Bremen zum Politikum erklärt

20 Bremen als Land hat sich bei der Bevölkerungszahl selbst unter besonderen Druck gesetzt. Der Senat, der damals wie heute aus denselben Parteien zusammengesetzt ist, hat 2019 ein Strategie-Papier „Zukunft Bremen 2035“² verabschiedet. Darin verkündet der Senat vollmundig: **„Daran wollen wir uns messen lassen: Bevölkerungswachstum über dem Durchschnitt der Bundesländer“** (dort Kasten Seite 7). Nichts deutet darauf hin, dass das gelingt. Bei der Feststellung 25 des Zwischenstandes in Mai 2022 wird das wohl schon deutlich werden. Das muss irgendwie kaschiert werden. Eine taktische Möglichkeit wäre, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerungszahlen für die Vergangenheit vor 2022 möglichst klein gehalten werden. Dann könnte nur dadurch, dass man sich der Wirklichkeit annähert, ein überdurchschnittlicher Zuwachs errechnet werden. Das hätte auch den Vorteil, den Mangel an Kita- und Schulplätzen ein wenig zu entschuldigen. 30 Dabei käme Bremen aber in einen Zielkonflikt. Wenn es jetzt die Zahlen für 2022 nach unten manipuliert, damit es 2035 ein überdurchschnittliches Wachstum aufzeigen kann, bekäme es aktuell einerseits zwar weniger Zuweisungen aus den verschiedenen Töpfen von Bund und Länderfinanzausgleich. Dafür müsste es andererseits aber auch weniger Geflüchtete aufnehmen. Die so vielleicht zu erreichenden höheren Zuwachsraten hätten aber aktuell heftige Nachteile. Denn viele Infrastrukturprojekte, die vom Bund mitfinanziert werden, hängen von Stand 35 der Bevölkerung und ihrer Entwicklung ab. Die Prognosen in den Förderanträgen werden meist viel zu hoch angesetzt. Deswegen werden eher keine Taktiken dahingehend inszeniert, die Bevölkerungszahl rückwirkend niedrig anzusetzen. 40 Bremen wird wohl das vollmundige Ziel eher stillschweigend begraben. Im Jahr 2035 erinnert sich ohnehin niemand mehr an diesen Knallfrosch der Politwerbung – und wird von den Parteien einfach nicht mehr angesprochen werden – wie auch schon im Wahlkampf 2023 nicht. Das Staatsarchiv wird die damalige Hochglanzbroschüre wahrscheinlich als loyales Institut still entsorgen oder unregistriert lassen, so dass sie niemand mehr findet, solange die jetzigen Senatsparteien dieselben bleiben. 45

Die Gemeinden trauen ihren eigenen Länderfürsten nicht. Es wird unbestritten vorgerechnet, dass mit unterschiedlichen Zuordnungsweisen, erheblich andere Bevölkerungszahlen sich ergeben hätten.

Bremen hat sich in ein taktisches Dilemma manövriert: Es hat die Bevölkerungszahl offiziell zum Politikum aufgeblasen.

² [Bürgerschaftswahlen 2019: Zum offiziellen Strategiepapier "Zukunft Bremen 2035"](#) Die Bevölkerungszahlen dort beziehen sich auf 2018.

Mietspiegel – noch eine ganz ähnliche Statistik aber mit anderen Paten

Wie sehr es nicht auf die richtigen Zahlen sondern auf das Geschacher der Interessen ankommt, demonstriert Bremen ungeniert. Kaum waren die Wohnungs- und Gebäudezählung und die Angaben über Grundsteuerbemessungsgrundlage eingetütet, wurde in Bremen noch einmal eine Erhebung zu Wohnungen und Mieten veranstaltet. Es sollte das, was fast jede Großstadt schon hat, auch in Bremen erstellt werden: Einen Mietspiegel. Die Angaben der Mieter und der Haus- und Wohnungsbesitzer in den anderen Erhebungen hatten zwar auch massenhaft Daten ergeben. Aber die Verbände (Haus- und Grundbesitzer- sowie Mieterverbände) konnten dabei nicht direkt mitmischen. Deswegen wurde in Bremen gleich anschließend noch Mal eine Befragung über die Wohnsituation durchgeführt. Das kostete natürlich zusätzlich. Aber Bremen hat's ja! Es kommt wieder nicht in erster Linie darauf an, schnell festzustellen, was wirklich ist. Es geht vielmehr darum, dass die Verbände durch Festlegung von Grenzwerten und Interpretationsspielräumen usw. Macht ausspielen. Die einzelnen Betroffenen müssen immer wieder die Funktionäre fragen. So werden sie angehalten, Verbandsmitglieder zu werden oder zu bleiben. Deswegen wäre es gar nicht gut, wenn die gewählte Methode zu schnellen, eindeutigen Ergebnissen kommen würde, die dann alle Parteien nur ablesen bräuchten.

Solche grundlegenden Statistiken wie den Zensus kann eigentlich nur der Staat organisieren

Wenn von den statistischen Ämtern schließlich Daten veröffentlicht werden, werde ich sie selbstverständlich als die amtlichen Daten, wie bisher und hier auch schon, benutzen und von ihnen ausgehen. Es gibt ja keine anderen. Glauben, dass sie die Wirklichkeit wiedergeben, werde ich nicht. Die Statistischen Ämter sind schließlich weisungsgebundene Behörden der jeweiligen Regierung und nicht etwa unabhängige Sachwalter wie z.B. die Gerichte es von ihrer Stellung her sein könnten. Wenn heutzutage in eine Bürgerversammlung Fachbeamte geschickt werden und sagen, sie kämen als Fachleute und wollten die Bürger sachdienlich beraten, brandet meist ein ironisch bis höhnisches Gelächter auf. Auch Gerichte stützen sich nicht mehr auf Gutachten, die von einer streitenden Partei in Auftrag gegebene wurde, auch wenn sie von vereidigten Sachverständigen angefertigt wurden. Trotz Vereidigung geht man nicht davon aus, dass sie den Sachverhalt unabhängig sachgerecht darstellen. Die Behörden haben genauso allen Glaubwürdigkeitskredit verspielt, unparteiisch – wie es dem Beamtengesetz entspräche, dem ganzen Volke verpflichtet zu sein und ihm zu dienen – sachgerecht zu urteilen, und den Sachverhalt für alle verständlich darzulegen. Und die den Machthabern ergebene Presse macht den Abstieg mit – weil sie nicht einmal mehr kritisch nachfragt, sondern in dem engen Rahmen verlautbart, was ihr von den Regierenden und Ämtern eingeflüstert wird. Und – wie in diesem Fall – über ein Jahr lang schön stille schweigt und ergeben vor den Türen der Statistischen Ämter wartet, bis sie herein gerufen werden – wie es ihnen gesagt wurde.

Dieses lange im Verborgenen über den gesammelten Daten Brüten, ohne die interessierte Bevölkerung daran teilhaben zu lassen, produziert u.a. genau das Misstrauen gegenüber unserer Demokratie und die Unglaubwürdigkeit der Behörden, das diese ständig beredt beklagen und teure „Bildungseinrichtungen“ und Kampagnen bezahlen, um uns die Skepsis auszureden. Ich kann nur sagen: Selbst schuld!

Das gilt auch gegenüber den (amtlichen) Statistiken – und gegen Statistiken generell und den Statistischen Ämtern. Das macht sich in den vielen Bonmots zu Statistiken bemerkbar, wie: „Ich glaube nur an die Statistik, die ich selbst gefälscht habe“, oder die Steigerung von Lüge geht so: „Notlüge, gemeine Lüge, Statistik“.

Bremen lässt fast direkt anschließend noch Mal nach Gebäuden und Wohnungen fragen – für einen Mietspiegel. Jetzt aber unter Beteiligung und Einflussnahme der verfassten Interessenverbände. Nachtigall ich hör Dir trapsen.

Irgendwann kommen Ergebnisse. Irgendwann kommen Daten. Es sind dann die amtlichen. Ich werde mich dran halten. Es gibt keine anderen. Aber, dass sie die Wirklichkeit ungeschönt abbilden, daran werde ich nicht glauben.

Die wachsende Skepsis in der Bevölkerung in unsere Regierungsform als Demokratie befördern sie durch ihr Verhalten. Das gilt gerade auch für die amtliche Statistik.

Beispiel Bevölkerungsvorhersagen

Im „Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025“ aus dem Jahr 2014 soll auch die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden. Auf S 89 steht dazu: „Die demografischen Entwicklungen mit einer **quantitativen Abnahme der Bevölkerung** ... **lassen sich für 2025 weitgehend sicher prognostizieren.**“ (Hervorhebung von mir, R.D.) Die Prognose rechnet danach für das Jahr 2025 mit 540.200 Einwohnern (S 91). Real ist die Einwohnerzahl anschließend bis zum Jahr 2018 erst einmal auf 569 352 um fast 30.000 Einwohner gegenüber der Prognose gestiegen.

In dem Jahr 2018 veröffentlicht der Senat seine „Zukunft Bremen 2035“. Darin gibt er auf S. 7 vor: „**Daran wollen wir uns messen lassen: Bevölkerungswachstum über dem Durchschnitt der Bundesländer.**“ Seitdem stagniert die Bevölkerungszahl laut Fortschreibung bis Ende 2022 bei 569 396 Einwohnern und steigt nicht.

Beispiel Verkehr

In Bremen wird z.B. seitdem die Grünen in der Regierung und Verwaltung was zu sagen haben, das Verkehrsgeschehen im öffentlichen Raum immer vornehmlich mit den Anteilen der Verkehrsträger an den „Verkehrsfällen“ („Modal Split“) beschrieben³. Damit soll der hohe Anteil und die Bedeutung des „Umweltverbundes“ (zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem Öffentlichem Verkehr d.h. Bus, Straßenbahn, Eisenbahn) hervorgehoben werden. Jeder Fußweg zu einem Briefkasten um die Ecke gilt dann als Verkehrsfall und wird statistisch gleich gesetzt mit einer Autofahrt von Arsten nach Farge über 40 km. Das ist statistisch auch nur ein Verkehrsfall, aber eine 400fache Verkehrsleistung. Statistische Vergleiche über das Verkehrsgeschehen können eigentlich nur mit der Größe Personenkilometer, Tonnenkilometer und Quelle-Ziel-Geschwindigkeit sinnvoll angestellt werden – und dem dafür betriebenen Aufwand an Kosten, Zeit und Umweltauswirkungen. Von für die Menschen so wichtigen Maßstäben für die Verkehrsmittelwahl wie Bequemlichkeit / Wetterabhängigkeit, Mitnahme von Gepäck, Einkaufsartikel usw., Individualität der persönlichen Umgebung, Flexibilität der Abfahrzeiten usw. ist in dem Verkehrsentwicklungsplan keine Rede und gibt es auch keine Statistik. Jede Person, die seine persönliche Erfahrung mit den von den Amtspersonen verbreiteten Maßstäben und Zielen und statistischen Begründungen vergleicht, erkennt, dass die Politik mit gezinkten statistischen Karten spielt.

Beispiel Kita- und Schulplätze

Die betroffene Bevölkerung fragt z.B., wie kann es sein, dass es nicht genügend Kita- und erst Recht nicht genügend Schulplätze gibt? Da gibt es doch einen übersichtlichen Vorlauf von drei bis sechs Jahren. Und das auch noch, wenn der Senat im Jahr 2019 auf der Basis einer Bevölkerungszahl vom Jahr 2018, die gleich groß wie heute ist, seine Politik daran ausrichten will, dass die Bevölkerungszahl Bremens schneller wächst als der Durchschnitt der anderen Bundesländer.⁴

Die Kinder-Jahrgänge, die danach in Bremen geboren und im Saldo zugezogen sind, unterscheiden sich in ihrer Größe im Jahr 2022 nur um -112 bis + 101 Kindern pro Jahrgang von den jeweiligen Geburtsjahrgängen. Das muss eine auf Zuwachs ausgerichtete Verwaltung mit pro Jahrgang fünf- bis sechstausend Kindern, also bei einer Abweichung von +/- 1,7% je Jahrgang wohl organisieren können.

Nein, dass die Politik und ihre Ämter an den objektiven Zahlen für gute Planung interessiert seien, glaubt ihnen eigentlich niemand mehr. Häufig nicht einmal mehr die Täter selber, die sich z.T. in Zynismus flüchten.

Beispiel Bevölkerungszahlen: Prognosen opportunistisch schwankend wie sich der politische Wind dreht löst von der Realität.

Beispiel Verkehr: Im „Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025“ werden bei den Statistiken die entscheidenden Größen „Personenkilometer“ unterschlagen.

Beispiel Kita- und Schulplätze: Obwohl auf wachsende Bevölkerung gesetzt wird, wächst die Zahl der Kinder in den Jahrgängen kaum, erst Recht nicht gegenüber den Geburtsjahrgängen. Trotzdem fehlen zunehmend entsprechende Plätze, auf die es einen Rechtsanspruch gibt.

³ Siehe „Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025“

⁴ Im Jahr 2018 veröffentlicht der Senat seine „Zukunft Bremen 2035“. Darin gibt er auf S. 7 vor: „Daran wollen wir uns messen lassen: Bevölkerungswachstum über dem Durchschnitt der Bundesländer.“ Seitdem stagniert die Bevölkerungszahl laut Fortschreibung bei Ende 2022 bei 569 396 Einwohnern. (Quelle StaLa Bremen https://www.statistik-bremen.de/bremendat/abfrage_resultat.cfm?tabelle=12411-01-01&titelname=Bremen%20Infosystem&netscape=ja)

Ein Weg zurück zur Glaubwürdigkeit wäre vielleicht, dass die statistischen Ämter unabhängig von den politisch dominierten Verwaltungen würden, und Aufträge nicht nur per Gesetz und Anweisung der Politiker, sondern auch von Bevölkerungsgruppen entgegennehmen müssten.

Richterliche Unabhängigkeit der Statistischen Ämter ist Mindestvoraussetzung für eine Wiedergewinnung ihrer Glaubwürdigkeit.